

**Politisches Engagement und soziale Herkunft:
Integration beteiligungsferner Gruppierungen in Partizipationsprozesse
Ein Interview mit Sebastian Bödeker**



Sebastian Bödeker promoviert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und forscht u.a. zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation.

MuP: *Herr Bödeker, bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr stieg die Wahlbeteiligung zwar im Vergleich zu den letzten Wahlen leicht an, dennoch liegt sie schon seit 2002 unter 80 Prozent. Viele Menschen nehmen also nicht einmal mehr an dieser „einfachsten“ Form der politischen Partizipation teil. Wie steht es denn um die politische Partizipation und das politische Engagement in Deutschland?*

Bödeker: In der Tat ist die Beteiligung an klassischen Formen der politischen Partizipation in den letzten Jahrzehnten in Deutschland stark zurückgegangen. Dies gilt sowohl für die Wahlteilnahme, als auch die Mitgliedschaft in Parteien. Aus demokratiethoretischer Sicht ist es durchaus nicht ganz unproblematisch, wenn sich immer weniger Menschen in Parteien engagieren oder den Gang zur Wahlurne antreten. Auf der anderen Seite müssen wir auch berücksichtigen, dass uns mittlerweile eine ganze Reihe an alternativen Formen der politischen Partizipation zur Verfügung stehen.

MuP: *Welche Formen der politischen Partizipation und des politischen Engagements gibt es denn über die Beteiligung an Wahlen hinaus?*

Bödeker: Mit dem Aufkommen neuer sozialer Bewegungen in den 1960er Jahren sind eine ganze Reihe an alternativen Partizipationsformen entstanden, die auch vermehrt genutzt werden. Hierzu zählt das Engagement in politischen Vereinigungen, wie z.B. Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen, ebenso wie die Mitarbeit in lokalen oder regionalen Bürgerinitiativen. Die Teilnahme an einer

Demonstration oder die Unterstützung einer Onlinepetition ist ebenfalls eine Form des politischen Engagements, auch wenn diese Partizipationsformen eher punktueller und daher weniger nachhaltig sind.

MuP: Welche Bevölkerungsgruppen engagieren sich politisch in Deutschland und welche eher nicht?

Bödeker: Die empirischen Ergebnisse der Demokratie- und Partizipationsforschung sind an dieser Stelle eindeutig: Bildungsferne und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen engagieren sich deutlich weniger. Dies gilt für alle Formen des politischen Engagements, wobei Wahlen noch immer die geringste soziale Verzerrung aufweisen. Insgesamt hat die Kluft zwischen oben und unten, ähnlich wie in anderen Gesellschaftsbereichen, auch beim politischen Engagement in den letzten Jahrzehnten zugenommen.

MuP: Von welchen Faktoren hängt ab, ob sich ein Mensch politisch engagiert? Welche Rolle spielt hier die soziale Herkunft?

Bödeker: Es gibt zahlreiche individuelle Faktoren, die Menschen zu einem politischen Engagement bewegen. Bildung und der Erwerb kognitiver Kernkompetenzen sind sicherlich ein wichtiger Schlüsselfaktor. Die soziale Herkunft spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle, da Beteiligungsnormen stark über den familiären Hintergrund vermittelt werden.

MuP: Woran liegt es, dass sich sozial Benachteiligte nicht so stark engagieren?

Bödeker: Auch hier ließen sich zahlreiche Ursachen benennen. Sicherlich spielen die Erfahrungen von Exklusion und Nutzlosigkeit, die bei bildungsfernen und einkommensschwachen Bevölkerungsschichten weit verbreitet sind, eine zentrale Rolle. Auch sollte betont werden, dass viele Formen des politischen Engagements, wie bspw. die Mitarbeit in einer Partei oder einer politischen Vereinigung, äußerst voraussetzungsvoll sind. Gefragt sind hohe kognitive Fähigkeiten, Flexibilität und Redegewandtheit. Auch wenn es keine formalen Zugangsbegrenzungen gibt, sind die geschaffenen informellen Hürden für politische Teilnahme häufig sehr hoch.

MuP: Welche Konsequenzen hat eine Unterrepräsentation von bestimmten sozialen Gruppierungen für unsere Demokratie?

Bödeker: Eines der zentralen Prinzipien der Demokratie ist politische Gleichheit. Jeder Bürger soll die gleichen Chancen haben, seinen Interessen und Wertvorstellungen Gehör zu verschaffen. Eine hohe Ungleichheit bei der politischen Partizipation untergräbt über kurz oder lang dieses Prinzip. Die systematische Unterrepräsentation bestimmter sozialer Schichten wird somit zum Legitimitätsproblem der Demokratie.

MuP: Wie kann die Hemmschwelle für Partizipation so gering wie möglich gehalten werden? Wie könnten Menschen aus Gruppierungen, die eher gering vertreten sind, dazu motiviert werden, stärker an politischen Beteiligungsprozessen zu partizipieren?

Bödeker: Dies ist keine einfache Aufgabe und bedarf langfristiger Anstrengungen. Im Grunde geht es darum, soziale Bindungen mit abgehängten Bevölkerungsgruppen neu aufzubauen. Hierfür gibt es sicherlich kein Patentrezept, aber einige einfache Grundregeln. Die Aktivitäten und Mitmachangebote müssen so niedrigschwellig wie möglich ausgerichtet sein, sich an den Lebenswirklichkeiten und Problemen von betroffenen Menschen orientieren und im unmittelbaren Leben der Menschen, also z.B. in der Schule, am Arbeitsplatz oder bei Freizeitvereinen, ansetzen.

MuP: Was können Non-Profit-Organisationen konkret tun, um Menschen aus beteiligungsfernen Gruppierungen zu einem Engagement zu motivieren und wie können sozial benachteiligte Menschen aktiv in Partizipationsstrukturen z.B. von Parteien einbezogen werden?

Bödeker: Hier sehe ich politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen eindeutig in der Pflicht neue Angebote zu entwickeln. Die Schwierigkeit liegt darin, dass MitarbeiterInnen oder auch ehrenamtlich Engagierte häufig selbst mit der Lebenswirklichkeit armer und bildungsferner Bevölkerungsgruppen wenig zu tun haben und daher selbst gutgemeinte Angebote verpuffen. Für Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen geht es darum, Netzwerke zu Menschen zu knüpfen, die als Bindeglied in die entsprechenden Milieus fungieren können. Die Arbeit von sogenannten „community organizern“, die in sozialen Problemstadteilen in den USA tätig sind, kann hierbei als Vorbild dienen. Es braucht engagierte Menschen

in den Organisationen, die in der Lage sind, die Sprache der Menschen vor Ort zu sprechen und als Vermittler zu agieren.

MuP: Kennen Sie gute Beispiele aus der Praxis, bei denen es gelungen ist, eher beteiligungsferne und unterrepräsentierte Gruppierungen in Partizipationsprozesse zu integrieren und was machte deren Erfolg aus?

Bödeker: Ein gelungenes Praxisbeispiel ist für mich die Initiative „Dialog macht Schule“. Die Organisation bildet Studierende, die meist eine eigene Migrationgeschichte haben, zu DialogmoderatorInnen aus. Die ausgebildeten DialogmoderatorInnen begleiten dann eine Klasse von SchülerInnen mit hohem Migrationsanteil über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren. Im Rahmen des Unterrichts oder zusätzlicher AGs sprechen die ModeratorInnen mit den SchülerInnen über persönliche, lebensweltliche Erlebnisse und versuchen die Potentiale der SchülerInnen zu entdecken und zu entfalten. Mittelfristig werden den SchülerInnen Chancen und Wege zur Partizipation an demokratischen Entscheidungen in unterschiedlichen Kontexten vermittelt. „Dialog macht Schule“ ist ein Paradebeispiel für eine erfolgsversprechende Einbindung beteiligungsferner Gruppen: Das Projekt ist langfristige angelegt, es setzt bei den Lebenswirklichkeiten der Schülerinnen und Schüler an und zeigt ihnen reale Möglichkeiten für eigenes Engagement auf. –

- Die **MuP-Arbeitshilfe** [„Politisches Engagement fördern“](#) zeigt Wege auf, wie Menschen zu mehr Engagement motiviert werden können.